

Ein Herz für das Klima

Mehrere grüne Vorstösse fanden Zustimmung im Parlament

Von Markus Vogt und Franziska Laur

Basel. Am zweiten Februar-Sitzungstag des Grossen Rates standen persönliche Vorstösse im Zentrum. Nora Bertschi (GB) wollte erreichen, dass die Pensionskasse Basel-Stadt ihre Anlagepraxis überdenkt und nicht mehr in fossile Energie investiert. Das, weil der Ausstoss von Treibhausgasen massiv reduziert werden müsse, um den Klimawandel zu bekämpfen: Investitionen in fossile Energie würden für den Schweizer Finanzplatz Risiken bergen, sogenannte Kohlenstoffrisiken.

Für die Liberalen bestritt Heiner Vischer den Anzug. Dass gegen den Klimawandel etwas unternommen werden müsse, sei klar, doch es werde schon viel getan. Und es sei unklar, wo man die Grenzen ziehen solle, welche Firmen bei Investitionen zu berücksichtigen seien und welche nicht.

Sarah Wyss (SP) konterte, es sei gar nicht nötig, diese Firmen zu benennen, Aufgabe des Parlaments sei es, die Rahmenbedingungen zu setzen. «Es ist unsere Verantwortung, eine nachhaltige Pensionskasse zu haben», fügte Wyss bei. Helmut Hersberger (FDP) jedoch bezeichnete das Anliegen als «Unsinn», die Pensionskasse sei selbst organisiert, und ein politisches Gremium wie der Grosse Rat habe sich da nicht einzumischen. Auch Ruedi Rechsteiner (SP) argumentierte, den Vorstoss brauche es, weil es um die Anlage-sicherheit bei der Pensionskasse gehe. Anzugstellerin Nora Bertschi (GB) bekräftigte, es gehe darum, die ökonomischen Risiken abzubauen. Mit 48 zu 43 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde der Anzug an die Regierung überwiesen.

Eine Debatte löste auch ein Anzug von Thomas Grossenbacher (GB) aus: Er will die Elektromobilität fördern. Christian Meidinger (SVP) konterte, es werde bei den Parkplätzen die falsche Reihenfolge vorgegeben: Richtig wäre, zuerst mehr Parkplätze zu schaffen und erst danach spezielle Parkplätze für Elektromobile zu schaffen. Von «Verhältnisblödsinn» sprach Patrick Hafner (SVP), und Helmut Hersberger (FDP) kritisierte, die vorgeschlagenen Massnahmen brächten nichts. Mit den Stimmen von SP, Grünem Bündnis und Grünliberalen wurde der Anzug aber mit 55 zu 30 Stimmen überwiesen.

Mit 55 zu 34 Stimmen wurde eine Motion von Georg Mattmüller (SP) überwiesen, die ein kantonales Behindertengleichstellungsrecht fordert. Der Regierungsrat und alle bürgerlichen Parteien wollten den Vorstoss in einen Anzug umwandeln, was für die Regierung weniger verbindlich gewesen wäre. Der Rat entschied sich mit 46 zu 44 Stimmen knapp für die Variante Motion.

Mehr Land für Gewerbetreibende

Ebenso knapp wurde es bei der Motion von Joël Thüring (SVP), der eine Teilrevision des IWB-Gesetzes fordert, um analog zu anderen ausgelagerten Betrieben wie zum Beispiel der Kantonbank Corporate Governance umsetzen zu können. Mit 41 zu 39 Stimmen entschied sich der Rat, den Vorstoss als Motion zu behandeln, und überwies ihn mit 48 zu 36 Stimmen definitiv an die Regierung. Die Linke war gegen den Vorstoss angetreten.

Zu reden gaben gestern auch verschiedene Anzüge zum Thema Förderung von Gewerbearealen. Gleich vier Anzüge bitten den Regierungsrat, mehr

Standorte für die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden zur Verfügung zu stellen. Wie Andreas Zappalà (FDP) argumentierte, hätten 35 Prozent der Gewerbetreibenden Probleme, einen Standort zu finden. Es sei dringend notwendig, vermehrt die Bedürfnisse von Gewerbebetrieben zu berücksichtigen und durch Änderungen im Bau- und Planungsgesetz Erleichterungen und bessere Nutzungsmöglichkeiten für sie zu schaffen. Auch die SP legte sich für die Gewerbler in die Riemen und erbat mehr Platz für das Kleingewerbe.

Anzüge rennen offene Türen ein

Baudirektor Hans-Peter Wessels argumentierte, die Anzüge seien unnötig, da in dieser Hinsicht schon vieles aufgegleist sei. Es gebe sechs grössere Entwicklungsareale in der Stadt, in denen künftig eine Transformation stattfinden werde. Namentlich sind dies das Lysbüchel-, Dreispitz-, Klybeck- und Hafenareal sowie das Gelände auf dem Wolf und am Walkeweg. Dort würden austarierte Vorschläge gemacht, wie die Areale verdichtet auch dem Gewerbe zugutekommen könnten. Ansonsten konnte er sich einen kleinen Seitenhieb in Richtung der Bürgerlichen nicht verkneifen. Es sei auffällig, wie diese in dieser Frage den Begriff Marktwirtschaft ignorieren würden. Einer der vier Anzüge wurde stehen gelassen, drei wurden abgeschrieben.

Auf spendable Parlamentarier stiessen vorgestern Budgetpostulate der Linken. Die Zuschüsse für das Leihmaterial bei Jugendsommerlagern wurden nicht gestrichen. Auch wurden beim Antikemuseum die 200 000 Franken nicht wie vorgesehen gekürzt. Damit kann verhindert werden, dass das Museum die Skulpturhalle schliessen muss.